

Referat Dr. Volker Külow auf der 3. Tagung 2. Stadtparteitag DIE LINKE. Leipzig am 18. Juni 2011

Liebe Genossinnen und Genossen,
es ist in politisch so unruhigen Zeiten schlechterdings unmöglich, in einem zeitlich klar eingegrenzten Referat auf dem Stadtparteitag alle inhaltlichen Schwerpunkte zu streifen, die uns derzeit auf internationaler, nationaler und landespolitischer Ebene bewegen. Ich bitte daher um Euer Verständnis, nur auf ausgewählte, für uns wirklich wichtige Themen einzugehen. Weder zu den Promotionsfälschern Guttenberg und Koch-Mehrin, noch zu EHEC wird man von mir heute was zu hören bekommen. Auch mache ich keine unqualifizierten Scherze über die Verleihung eines hohen amerikanischen Ordens – gewissermaßen die „Goldene Henne“ der USA – an Angela Merkel.

Damit aber schon zu den ernsthaften Fragen in der internationalen Politik, die derzeit viele Menschen bewegen, von A wie Afghanistan bis Z wie Europäische Zentralbank. Alphabetisch genau dazwischen liegt L wie Libyen. Der gewaltsame Regimewechsel soll nun doch mit Beteiligung der BRD über die Bühne gehen, wie die Eröffnung eines deutschen Verbindungsbüros am vergangenen Montag in Bengasi unterstreicht. Nachdem die Bundesrepublik von der NATO bislang als „Drückeberger“ betrachtet wurde, will sich schwarz-gelb nun doch die Kriegesdividende verdienen, d.h. bei der künftigen Neuvergabe von Öllizenzen beteiligt sein. Westerwelles Kontaktaufnahme mit den Vertretern des „neuen Libyen“ erfolge zu einem Zeitpunkt, an dem die NATO ihren Bombenkrieg extrem verschärft hat und auf eine finale Entscheidung drängt. Da will Berlin nicht länger abseits stehen. Die ausländische Befriedung des eroberten Landes - das lehren die Erfahrungen aus den neuen imperialistischen Kriegen - gestaltet sich in der Regel blutiger als der eigentliche Krieg. Mit der Aufgabe der bisherigen Zurückhaltung scheint es so, dass schwarz-gelb Angst vor der eigenen Courage bekommt. Die Zustimmung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung war ihr für die bisherige Zurückhaltung gewiss. Die veröffentlichte Meinung aber will den libyschen Staatsführer hängen und seine Truppen im Wüstensand liegen sehen. Gegen diese mediale Kriegsfurie wagen eine angeschlagene Kanzlerin und ein bereits angezählter Außenminister nicht zu regieren. DIE LINKE hat wie in nahezu allen anderen außenpolitischen Grundsatzfragen eine fundamental andere Position, nicht zuletzt, weil wir als einzige Bundestagspartei auf die Verlogenheit der offiziellen Politik hinweisen, indem wir beispielsweise thematisierten, dass die libysche Armee am Anfang des Konfliktes gegen Demonstranten aus dem eigenen Volk auch mit deutschen Waffen kämpfte. DIE LINKE hat jetzt deshalb 16 Anträge in den Bundestag eingebracht, die Rüstungsexporte in 16 Länder des Nahen und Mittleren Ostens verbieten sollen – von A wie Algerien über I wie Israel bis zu V wie Vereinigte Arabische Emirate.

Auch die Lage in Afghanistan hat sich durch den jahrelangen Krieg um keinen Deut verbessert. Im Gegenteil: Es ist höchste Zeit, diesen Krieg zu beenden, die Bundeswehr unverzüglich aus Afghanistan abzuziehen und dem klaren Mehrheitswillen der Bevölkerung Geltung zu verschaffen. An diesem friedenspolitischen Credo muss DIE LINKE bei Strafe ihres Untergangs unverrückbar festhalten, es ist eines unserer wichtigsten Alleinstellungsmerkmale in der bundesdeutschen Parteienlandschaft. Gerade deshalb veranstalteten wir neulich im Liebknecht-Haus auch unter der sehr bewusst gewählten Überschrift „Deutschland im Krieg“ in Medienpartnerschaft mit der Tageszeitung „junge Welt“ einen inhaltlich anspruchsvollen friedenspolitischen Abend, der auf erfreulich viel Resonanz stieß. Nicht nur wegen des Erfolgs wollen wir diesen Veranstaltungszyklus zu Fragen der internationalen Politik schon im Juli

fortsetzen. Ihr alle habt registriert, dass es derzeit eine Debatte zum angeblichen Antisemitismus in der LINKEN gibt. Auslöser war eine dubiose Studie zweier Autoren aus dem Umfeld des BAK Shalom, die medial und politisch in übelster Weise gegen unsere Partei instrumentalisiert wurde. Der entsprechende Beschluss der Bundestagfraktion vom 7. Juni mit der Überschrift „Entschieden gegen Antisemitismus“ wurde und wird in der Partei durchaus unterschiedlich bewertet und teilweise recht kontrovers diskutiert. Gregor Gysi hat mit seinem feinen Gespür für Stimmungen in der Partei deshalb gestern in einem großen ND-Interview auf derartig unterschiedliche Auffassungen reagiert, eine sehr differenzierte Sicht des Themenkomplexes dargelegt und einen zweiten Beschluss der Bundestagsfraktion dazu angekündigt. Ich rege an, diese Debatte heute auf dem Parteitag nicht zu führen, zumindest nicht ausführlich, sondern verweise auf die am 11. Juli im Liebknecht-Haus stattfindende Veranstaltung unter dem Arbeitstitel „Die deutsche Linke, der Zionismus und der Nahost-Konflikt“.

Noch mehr als die angespannte Lage im arabischen Raum einschließlich der dortigen revolutionären Prozesse interessiert die allgemeine Öffentlichkeit derzeit bekanntlich die Eurokrise und der Atomausstieg, Zu beiden Themen will ich daher etwas mehr sagen. Fangen wir mit dem Euro und dem Dauerbrenner Griechenland an. Trotz wachsenden Widerstandes in den eigenen Reihen haben Union und FDP im Bundestag gerade grünes Licht für die Pläne der Kanzlerin und ihres Finanzministers gegeben, auf dem EU-Gipfel am 23. und 24. Juni in Brüssel gegenüber Griechenland weitere Sparforderungen durchzudrücken, unter denen die Menschen dort bereits jetzt leiden und gegen die sie sich vehement zur Wehr setzen; die Tage der Regierung Papandreou scheinen gezählt. Die Eurokrise ist aber nicht nur eine Krise der Staatsfinanzen einzelner Mitgliedsländer, sondern auch eine Krise der Währungsunion und des gesamten europäischen Integrationsprojektes. Sie ist eine Krise der bislang in der EU herrschenden Politik. Die völlig unberechtigte Hetze gegen die vermeintlich „faulen Südländer“ von Frau Merkel lenkt von den Verursachern und Profiteuren der Krise ab und ebnet einer Enteignung der Bevölkerungsmehrheit in Europa durch Sparpakete und Sozialabbau den Weg. Das geht einher mit immer stärker nationalistischen Tönen in vielen Mitgliedstaaten; rechtspopulistische und neofaschistische Parteien erzielen mit antieuropäischen und ausländerfeindlichen Parolen hohe Wahlerfolge.

Liebe Genossinnen und Genossen,
ich kann und will an dieser Stelle nicht tiefer in die Analyse der weit zurück liegenden Gründe für die Krise eingehen. Die Bundestagsfraktion hat zu diesen Ursachen und Wegen aus der Eurokrise ein elfseitiges Papier verfasst und auf dessen Basis am 7. Juni einen Forderungskatalog mit sechs Punkten verabschiedet. Wer es ganz gedrängt und trotzdem verständlich haben will: Christa Luft hat im ND am Dienstag mit der ihr eigenen politökonomischen Klarheit die diesbezüglichen Probleme benannt und nochmals auf den für DIE LINKE wichtigsten Punkt bei der Eurokrise verwiesen: eine Währungsunion, die nur auf das Monetäre setzt und die Realökonomie nicht im Fokus hat, gerät zwangsläufig ins Schleudern. Bestrafung der Defizitsünder ist keine Lösung, solange der Exportfetischismus unangetastet bleibt. Und dann fordert die Wirtschaftsexpertin mit Blick auf die großen Banken und private Gläubiger, dass die Maxime gelten muss „Wer den Nutzen hat, tritt auch für den Schaden ein“. Nur so haben wir eine Chance, Europa und namentlich die EU sozial, friedlich und demokratisch zukunftsfähig zu gestalten.

Damit möchte ich zum innenpolitisch beherrschende Thema der letzten Monate kommen, dem Atomausstieg und dem damit einhergehenden energiepolitischen Salto mortale von

schwarz-gelb. Elf weitere Jahre setzt die Regierungskoalition, die langsam selbst vor der politischen Kernschmelze steht, nun noch auf die Atomkraft. Seit Wochen und Monaten - nicht erst seit Fukushima - sondern auch schon anlässlich der Laufzeitverlängerung demonstrieren Hunderttausende von Menschen, die eine sehr legitime Forderung erheben: die Forderung nach dem sofortigen Ausstieg. Sie wissen nämlich, dass jeder Tag des Betriebs von Kernkraftwerken ein weiterer Tag der Gefahr ist. Sie wissen, dass inzwischen in drei Blöcken in Fukushima die Kernschmelze eingesetzt hat und wir bis heute nicht wissen, welche Gefahren und Folgen daraus erwachsen, wie viele Tausende von Toten und Hunderttausende von Krebskranken das nach sich ziehen wird. Die Menschen stellen also die sehr berechnete Forderung nach einem sofortigen Atomausstieg. DIE LINKE plädiert angesichts dieser berechtigten Forderung und angesichts eines überdimensionierten Kraftwerksparks in Deutschland weiterhin für einen deutlich schnelleren Atomausstieg. Wir halten ihn bis Ende 2014 für technisch machbar. Statt durch überlange Laufzeiten von AKWs eine Hintertür für deren Weiterbetrieb offen zu halten, muss der Atomausstieg unseres Erachtens im Grundgesetz verankert und damit unumkehrbar gemacht werden. DIE LINKE packt aber nicht nur bezüglich des Zeithorizonts für den Ausstieg das Thema Energie am konsequentesten an, weil es nicht nur als technisches Problem betrachten. „Wir wollen“, so formulierte es Barbara Höll unter dem Stichwort „soziale Energiewende“ in ihrem Interview für „LEIPZIGS NEUE“ im Mai, Preiskontrollen für Energie, Förderprogramme für erneuerbare Energien und die Klärung sozialer Fragen.“ Das schließt bezahlbare Strompreise für Privathaushalte und die Einführung von Sozialtarifen für Strom und Gas ein. Viele Menschen haben inzwischen längst Probleme, ihre Stromrechnungen zu zahlen. Das hat aber nichts mit einem ökologisch nachhaltigen Umbau des Energiesektors zu tun, sondern mit Abzocke, fehlender Strompreisaufsicht und fehlenden sozialen Tarifen, wie es sie in Ländern wie Belgien und Frankreich längst gibt. Insofern ist es sehr zu begrüßen, dass sich die AG Soziale Politik des Themas angenommen hat und unter Bezugnahme auf den Beschluss des Bundesvorstandes „Atomausstieg - ja, aber sozial und nachhaltig!“ heute einen entsprechenden Antrag einbringt.

Auch in einem anderen Punkt unterscheiden wir uns ganz klar von den anderen Parteien in der Energiefrage. Es wird keine sozial-ökologische Energiewende geben, so lange es nicht gelingt, die vier großen Energiekonzerne zu entmachten. Die Energieversorgung muss demokratisiert werden. Das heißt: Energienetze in öffentliche Hand überführen, Konzerne entflechten, Energieversorgung rekommunalisieren und Energiegenossenschaften fördern. Mögen konkurrierende Parteien auch spotten, dass DIE LINKE nur auf Themen aufspringt, die sie vermeintlich hinreichend besetzt haben, so werden wir zu den großen herangereiften Themen in der Gesellschaft wie z.B. der Energiepolitik, unsere eigenen Antworten geben. Hier hat gerade auch die Leipziger LINKE eine spezifische Verantwortung, denn mit der VNG, den Stadtwerken, mit der Strombörse, mit dem Biomasseforschungszentrum und den Energiefachleuten der HTWK verfügt unsere Stadt in der Tat über ein einzigartiges Kompetenzbündel in diesem Bereich. Die "Duftmarken", die wir setzen müssen, das ist der ganzheitliche Ansatz aus Ressourcenproblematik, Umweltschutz, wissenschaftlichem Vorlauf, technischen Innovationen, Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen, Preisentwicklung und sozialen Herausforderungen. Es geht um existenzielle Fragen, die in die Lebenswirklichkeit ganzer Generationen eingreifen und nicht im Hauruck-Verfahren zu bewältigen sind. Die Schnellschüsse der Energiewendewendewende verkörpern in ihrer ganzen Rat- und Konzeptlosigkeit auf jeden Fall keine angemessenen Antworten. Darauf warten jedoch die Menschen. An ihren Interessen müssen sich unsere Antworten orientieren und nicht an den Verwertungsinteressen internationaler Konzerne. Als LINKE müssen wir diese Chance

aufgreifen. Die Zeit ist reif für tragfähige, ganzheitliche linke Politikansätze für das Megathema Energie.

Und da die Leipziger LINKE bekanntlich nicht nur redet, sondern immer auch handelt, haben wir vor kurzem unseren ganz eigenen Beitrag zur Energiewende geleistet. Was lange währt, wird endlich gut, möchte ich in diesem Zusammenhang eine alte Volksweisheit bemühen. Nachdem diverse Parteitags- und Stadtvorstandsbeschlüsse den Weg geebnet hatten, wurde im Mai die denkmalgerechte Restaurierung und energetische Sanierung des Liebknecht-Hauses in der Braustraße 15 in Angriff genommen – einschließlich der Installation einer durch Spenden finanzierten Photovoltaikanlage, die noch in diesem Monat ans Netz geht. Da das Haus in der Braustraße 15 bekanntlich ein Baudenkmal ist, hatte der Denkmalschutz strenge Auflagen für die Sanierung der Fassade und des Eingangsbereichs erteilt, die selbstverständlich eingehalten werden. Erfreulicherweise erhielten wir die Erlaubnis, auf dem Süddach eine Photovoltaikanlage zu installieren, mit der wir künftig nicht nur den Eigenbedarf an Strom decken, sondern ca. 30 Prozent des Stromüberschusses in das öffentliche Netz einspeisen können. Es ist beabsichtigt, über ein Anzeigedisplay die jeweils aktuellen Leistungsdaten der Solarstromanlage im Eingangsbereich des Hauses sowie über Internet zu präsentieren. Mit dieser alternativen und nachhaltigen Form der Stromerzeugung setzt DIE LINKE Leipzig ein weithin sichtbares Zeichen, dass der sozial-ökologische Umbau der Gesellschaft von uns nicht nur programmatisch - wie beispielsweise mit den am 30. Oktober 2010 vom Stadtparteitag verabschiedeten „Ökologischen Leitlinien zur Klima- und Energiepolitik“ - vorangetrieben, sondern im Kleinen auch ganz konkret befördert wird. Die Leipziger LINKE wird auch und gerade in den eigenen Räumen grüner. Ich finde, darauf können wir wirklich stolz sein und danke an dieser Stelle nochmals allen Genossinnen und Genossen für ihre Spende, mit der dieses wichtige Projekt finanziert werden konnte. Die öffentliche Präsentation der Sanierungsergebnisse und der neuen Solarstromanlage sowie einer inhaltlich überarbeiteten Liebknecht-Gedenkstätte findet am Samstag, den 13. August 2011 statt, wenn wir mit einem Sommerfest, bei dem wir u.a. Peter Sodann als Gast begrüßen können, den 140. Geburtstag von Karl Liebknecht begehen. Dazu lade ich Euch heute schon ganz herzlich ein.

Mit dem Stichwort Liebknecht-Haus möchte ich zur Lage in der Partei überleiten und diesbezüglich einige Gedanken äußern. Wir alle wissen, dass nach dem krankheitsbedingten Ausscheiden von Oskar Lafontaine und der Neuwahl des Bundesvorstandes im Mai 2010 der Kahn der LINKEN in stürmische See geriet, die bis heute ziemlich rau geblieben ist. Ich hatte in der Eröffnung mit Blick auf die jüngsten Wahlergebnisse im Westen schon eine leichte Andeutung diesbezüglich gemacht. Diese schwierige Phase, die auch mit einem gewissen Mitgliederschwund verbunden ist, kann DIE LINKE nur durch gemeinsames Handeln überwinden. Erfreulicherweise zeichnet sich ein erster Silberstreif am Horizont ab - ohne jetzt Zeckoptimismus verbreiten zu wollen.

Dazu zähle ich diverse Treffen auf den Führungsebenen der Partei in den letzten Wochen, die die lädierte innerparteiliche Kommunikation zumindest in Ansätzen verbesserte. Letzte Woche gab es in Dresden auch ein ausführliches Treffen zwischen Klaus Ernst und den sächsischen Kreisvorsitzenden. Am 26. Juni kommt es in Hannover zur ursprünglich abgesagten bundesweiten Beratung der Parteispitze mit allen Kreisvorsitzenden. Zu diesen positiven Entwicklungen der letzten Zeit zähle ich auch die überarbeitete Fassung des Entwurfs für das neue Parteiprogramm, das bekanntlich im Oktober in Erfurt beschlossen und dann per Urabstimmung verabschiedet werden soll. Auch die neue Fassung aus der Feder

einer sechsköpfigen Redaktionskommission bewahrt grundsätzlich den antikapitalistischen Charakter der ursprünglichen Version. Die klare Kapitalismuskritik, das Ziel des demokratischen Sozialismus, eine eindeutige Antikriegsposition – inklusive der Ablehnung UN-mandaterter Militäreinsätze, das Stellen der Eigentumsfrage, die Orientierung auf Bewegung, wichtige gewerkschaftliche Forderung wie Mindestlohn, Generalstreik etc. oder Mindestbedingungen für Regierungsbeteiligung – das sind alles Punkte, die von links in der Programmdiskussion bisher wichtig waren; und sie finden sich nun auch in der Überarbeitung wieder. Da durch die Redaktionskommission auch viele fachliche Hinweise aus der Partei aufgenommen wurden, ist der Programmentwurf insbesondere im Kapitel Reformprojekte deutlich qualifiziert.

Liebe Genossinnen und Genossen,
wenden wir uns nunmehr der politischen und sozialen Situation in unserer Stadt und den daraus abgeleiteten Aufgaben für den Stadtverband zu. Gemessen an der medialen Darstellung, scheint sich Leipzig in einem relativ ruhigen Fahrwasser mit stimmungsvollen Einsprengseln zu befinden. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze ist gestiegen, ab und an siedelt sich noch ein mittelgroßes Unternehmen an, eine übernächste Woche zu eröffnende Riesentropenhalle ist die größte öffentliche Investition, die Eröffnung des City-Tunnels lässt möglicherweise ein weiteres Jahr auf sich warten, erregt aber kaum noch die Gemüter und wir werden auf dem Leuschnerplatz ein Denkmal bekommen, von dem sich die öffentliche Mehrheitsmeinung einer Halbmillionenstadt kopfschüttelnd und resigniert abgewandt hat, ehe der Grundstein gelegt ist oder gar Konturen des "Heldengedenkens" zu erahnen sind. Sommerruhe über unserer Stadt? Mitnichten!

So erfreulich die gestiegene Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze und im Gegenzug der Rückgang der Arbeitslosigkeit auch ist – die Masse dieser Beschäftigungsverhältnisse ist prekär. Sie reichen kaum oder in vielen Fällen überhaupt nicht, um daraus den Lebensunterhalt bestreiten und beruhigt an die Familienplanung gehen zu können. Der traurigen Chronik der Armutshauptstadt Leipzig wurden in den zurückliegenden Jahren und Monaten empörende Seiten hinzugefügt, die jedem sozial denkenden und fühlenden Menschen die Zornesröte ins Gesicht treiben müssten. Unsere zentrale Forderung der gerechten Entlohnung für engagierte Arbeit ist aktueller denn je.

Dabei reden wir ja an dieser Stelle immerhin über den beschäftigten Teil der Menschen. Wie dramatisch ist dagegen die Situation erst im Hartz-IV-Sektor, wo sich extreme soziale Problemlagen längst nahezu unentrinnbar verfestigt haben, wie dies jedem ehrlichen Sozialpolitiker ja von Anfang an auch klar war.

Vor über einem Jahr hatte das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil moniert, dass die Regelsätze für die Hartz-IV Bezieher nicht mit der notwendigen Transparenz und Nachvollziehbarkeit bei der Einführung von Hartz IV im Jahre 2005 festgelegt wurden. Insbesondere kritisierte das Verfassungsgericht dabei, dass die Bedarfe für die Kinder schlicht und einfach als Prozentsätze des Erwachsenenregelsatzes freihändig festgesetzt worden waren, ohne Berücksichtigung der Ausgaben für Bildung und Teilhabe. Die Regierung wurde vom Verfassungsgericht aufgefordert, entsprechend nachzubessern. Als Termin für die erforderlichen Änderungen bei Hartz IV bestimmte das Verfassungsgericht den 1. Januar 2011. Doch wie zu erwarten war, verstrich der 1. Januar 2011 ohne dass die Bundesregierung dem Auftrag des höchsten deutschen Gerichtes nachgekommen wäre. Im Gegenteil, es begann ein unwürdiges und unanständiges Geschacher zwischen Regierung und Bundesrat

um die Leistungen für die Hartz IV-Bezieher. Dass sie Fraktion DIE LINKE erst an den Vermittlungen teilnehmen durfte, als man drohte, sich den Zugang per Klage zu erstreiten, war nur eine der vielen Peinlichkeiten dieses Verfahrens. Nach rund dreimonatiger Vermittlung gab es ein Ergebnis, dass Armut und Ausgrenzung per Gesetz eher zementiert, als den Betroffenen die Chancen auf Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen. Über die fünf EURO Erhöhung des nun Regelbedarf genannten Satzes braucht man keine großen Worte verlieren, von Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Berechnung der Sätze ist man immer noch meilenweit entfernt, und was die Kinder betrifft, wurden die Regelbedarfe nicht erhöht, dafür wurde mit dem Bildungs- und Teilhabepaket ein bürokratisches Monster erschaffen, das die Ausgrenzung und Diskriminierung der Kinder aus Hartz IV-Familien auf die Spitze treibt.

Getreu der inzwischen von der Ministerin von der Leyen schon fast paranoid vorgetragenen Meinung, man dürfe das Geld für Bildung und Teilhabe der Kinder nicht als Barleistung ausreichen, weil es dann von den Eltern für Alkohol und Zigaretten verwendet werden würde, muss ein durch die Kommunen zu leistendes Abrechnungssystem über Gutscheine oder der direkten Zahlung an die Träger der Leistung geschaffen werden, welches einen erheblichen Teil der von der Bundesregierung bereitgestellten Mittel für das Bildungs- und Teilhabepaket verschlingt. Der Umstieg auf das System von Gutscheinen und direkter Bezahlung an die Träger gewährleistet aber nur scheinbar eine Teilhabe- und Bildungsgerechtigkeit, in Wahrheit entsteht hier ein Zuteilungs- und Rationierungssystem auf niedrigstem Niveau.

Mit dem Bildungspaket überträgt man die Verantwortung für erfolgreiche Bildungsabschlüsse von den Schulen auf private Träger und man gibt damit gleichzeitig zu, dass die Schule nicht mehr leisten kann, was sie leisten müsste. Außerdem werden originäre Bildungsaufgaben der Länder für einen bestimmten, eingeschränkten Personenkreis über den Umweg der Arbeitsverwaltung finanziert.

Was die Teilhabeseite des Bildungs- und Teilhabepaketes betrifft kann man nur von einem schlechten Witz sprechen. Die monatlich gewährten zehn EURO reichen hinten und vorne nicht und lassen wesentliche Kostenbestandteile wie Mobilität, Sportausrüstung oder Instrumente außer Acht. Nicht ohne Grund hat der hiesige Leiter des Jugendamtes in einem auch überörtlich viel beachteten Zeitungsartikel den Finger in die Wunden des Bildungs- und Teilhabepaketes gelegt, und als Konsequenz eine bedarfsdeckende Grundsicherung für alle Kinder gefordert. Diesem Aufruf können wir uns als LINKE nur anschließen.

Außerdem brauchen wir dringend eine bessere Finanzierung der kulturellen Infrastruktur und der Bildungslandschaft in Ländern und Kommunen, über die Schulen, Vereine und Verbände so ausgestattet werden, das für alle Kinder ein Zugang zur Bildung und Teilhabe gesichert werden kann.

Aufgrund eines Urteils des Bundessozialgerichtes war die Stadtverwaltung gezwungen, endlich die von uns schon jahrelang geforderte Anpassung bei den Kosten der Unterkunft vorzunehmen. Bezeichnend ist, dass auch in diesem Falle es das Urteil eines Bundesgerichtes brauchte um die Verwaltung zum Handeln zu zwingen. Ob die seit dem 7. Juni geltende Richtlinie mit den vom Bundessozialgerichtes vorgegebenen schlüssigen Konzept vereinbar sind, und ob die Höhe von 4,22 EURO pro qm für die Nettokaltmiete ausreichen um die Betroffenen mit Wohnraum zu versorgen – immerhin liegen wir auch mit den neuen Sätzen noch hinter Dresden, Chemnitz und dem Landkreis Leipzig – wird die Zukunft zeigen.

Ein weiteres soziopolitisches Desaster stellt die Kürzung bei den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen dar. Die Vollbeschäftigung fest im Blick hat die Bundesregierung die Mittel für den zweiten Arbeitsmarkt drastisch gekürzt. Für Leipzig bedeutete dies für 2011 eine Kürzung dieser Mittel um die Hälfte. Als Folge davon wird in diesem Jahr auch die Teilnehmerzahl an diesen Maßnahmen um die Hälfte reduziert sein. Für viele Vereine und Verbände bringt dies ein massives Problem bei ihrer - oft im sozialen Bereich angesiedelten - Arbeit mit sich, zumal das Ministerium für Arbeit und Soziales für 2012 weiter Kürzungen angedroht hat. In letzter Konsequenz heißt dies, dass wir uns in Leipzig zukünftig von vielen sozialen Dienstleistungen verabschieden müssen und so mancher Verein den Laden dichtmachen muss.

Wo soll unsere Stadt künftig ihre gestaltende Kraft hernehmen? Sie müsste ihre Basis in einer starken Wirtschaft haben, doch diese Basis fehlt. Im täglichen medialen Wachstumsraten-Bombardement und vor lauter Aufschwungs-Besoffenheit geht verloren, dass die Stadt Leipzig noch längst nicht wieder ihre Wirtschaftskraft aus der Zeit vor der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise erreicht hat, wobei auch schon dieser Entwicklungsstand zu allem Möglichen außer zu Freude oder gar Euphorie Anlass gab. Bringen wir es auf den Punkt: Die großen Wirtschaftsräume im Westen liegen längst über Vor-Krisen-Niveau, also wird der Abstand zu ihnen wieder größer. Das Leipziger Ringen um höhere Wertschöpfungsstufen in den hiesigen Betrieben ist äußerst mühsam, doch nicht einmal unsere bescheidene Wirtschaftsleistung wird lokal voll wirksam, weil angesichts der weitgehenden Fremdsteuerung der Wirtschaft viele Steuern sonst wo gezahlt werden, bloß nicht hier am Ort, wo die entsprechenden Werte immerhin noch geschaffen werden. Dies ist eine schwere, nur in beharrlichem Ringen zu verkleinernde Bürde für unsere Stadt.

Durch den Rückstand in Wirtschaftskraft und Steuerkraft ruht die erfreuliche Steigerung der Bevölkerungszahl auf wackligen Füßen. Die Menschen ziehen nicht nur wegen vergleichsweise billiger Wohnungen oder wegen des vorbildlichen Kulturangebots nach Leipzig. Wenn die Wirtschaftskraft nicht nachzieht und die Menschen keine ausreichenden Perspektiven für sich erkennen, wird das Pendel der Bevölkerungsentwicklung in die Gegenrichtung ausschlagen, und das gilt es zu verhindern.

Hinzu kommt ein internes sächsisches Problem, das am Beginn der deutschen Einheit bzw. der Neu-Konstituierung der Länder im Osten so überhaupt nicht gestanden hat. Ich meine die zunehmende, völlig einseitige Bevorzugung von Dresden zu Lasten der Stadt Leipzig. Die Verschiebung der Gewichte geschah allmählich, damit sie nicht gleich auffällt und politischen Gegendruck erzeugt, aber jetzt haben sich die Verhältnisse dermaßen auseinanderentwickelt, dass schon fast von unterschiedlichen Lebenswelten innerhalb des Freistaats gesprochen werden muss. In den 1990er Jahren bekam Dresden mit massiver öffentlicher Förderung seine Chipindustrie. Auch diese High-Tech-Branche ging durch eine erschütternde Krise, doch sie blieb am Standort Dresden, weil dort die Verknüpfung von Wirtschaft und Wissenschaft stimmt. Dem hat die einstige Industriestadt und die traditionsreiche Universitätsstadt Leipzig an keiner Stelle irgendetwas Adäquates entgegenzusetzen.

Am Verlust seiner industriellen Stärke trägt Leipzig schwer. Wo es zu wenig Akteure im wirtschaftlichen Wettbewerb gibt, können auch keine Anträge auf öffentliche Förderung von industrieller Forschung und Produktentwicklung gestellt werden. Dresden hat genügend solche Antragsteller, die die Masse des vorhandenen Fördergeldes bekommen und ihren Vorsprung damit weiter ausbauen. 2008 wechselte der Kreis Döbeln aus dem Regierungsbezirk Leipzig zum Kreis Mittelsachsen. Der Leipziger Widerstand kam spät und

halbherzig und bestärkte die CDU-geführte Staatsregierung in ihren Plänen. In einem geschrumpften Gebiet wurde schnell auch die Landesdirektion Leipzig kleiner, und bald schon sinkt sie auf den Rang einer Außenstelle ab. Das Leipziger Gewicht in der Administration des Freistaats Sachsen geht bedrohlich zurück. Und wenn der Landesrechnungshof aus der Großstadt nach Döbeln ziehen muss, setzt sich dieser längst nicht mehr schleichende Prozess der Beschneidung von Leipziger Einflusspositionen in der Landespolitik fort.

2011 weigert sich der sächsische Verkehrsminister, Bundesmittel für den öffentlichen Personennahverkehr, die zweckgebunden sind, im vollen Umfang weiterzuleiten. In Leipzig wird daraufhin gegen die erklärte Mehrheit der Bevölkerung, die sich mit Unterstützung der LINKEN wochenlang zur Wehr setzt, eine gut frequentierte S-Bahn-Linie eingestellt, die Regionalbahn zum Flughafen entfällt, die Regionalbahnen nach Borna und Altenburg werden drastisch ausgedünnt, und in Richtung Eilenburg fällt die Hälfte der Züge weg. Im Großraum Dresden hat es dagegen überhaupt keine Verringerung der Regionalisierungsmittel gegeben, und alle Züge fahren weiter so wie bisher.

In der Zeitung können wir lesen, dass in Dresden gut gewirtschaftet und kräftig investiert wird. Auf der politischen Bühne lautet die CDU-Behauptung, dass der Dresdner Vorsprung vom CDU-Stadtoberhaupt und der Leipziger Rückstand vom SPD-Stadtoberhaupt käme. Die Forderung von Ministerpräsident Tillich, 2013 einen CDU-Oberbürgermeister an der Leipziger Stadtspitze zu erreichen, stammt aus dem vorigen Herbst, und seither wird an diesem Ziel gearbeitet.

Damit ist der Leipziger Oberbürgermeister-Wahlkampf faktisch längst eröffnet. Bis zur Wahl des OBM bleiben zwanzig harte Monate. DIE LINKE in Leipzig muss all ihre Kraft mobilisieren, um den Wählerinnen und Wählern eine überzeugende personelle und kommunalpolitische Alternative unterbreiten zu können.

Oberbürgermeister Burkhard Jung wähnt sich fest im Sattel. Dem ist jedoch nicht so. Es gab zu viele Zick-Zack-Zuckungen in seiner Politik und Dauerlächeln allein ist ein untauglicher Politikansatz. Erinnern möchte ich daran, dass DIE LINKE im OBM-Wahlkampf 2006 ihren eigenen Kandidaten im zweiten Wahlgang zurückgezogen und es der Wählerschaft freistellte, nach reiflicher Überlegung ihre Wahl zu treffen. Man muss nicht orakeln, dass Burkhard Jung auch dank einer großen Zahl linker Stimmen ins Amt gekommen ist. Gleichwohl reichte es nur zum knappsten Vorsprung eines SPD-Oberbürgermeisters vor dem CDU-Kandidaten seit 1990. Dies hätte Warnung genug sein müssen. Die Antwort des OBM war der dreibeinige Tisch, der längst Anlass für allerlei ironische oder bitterböse Kommentare bietet.

Immerhin, in die Amtszeit vom OBM Jung fällt die Wahl des ersten Bürgermeisters, den PDS bzw. LINKE seit 1990 nominierten. Im Nominierungs- und Wahlverfahren von Heiko Rosenthal, der mit Geschick und Umsicht ein schwieriges Ressort in der Stadtverwaltung leitet, hat sich OBM Jung korrekt verhalten. Dies gilt bei der Wahl des zweiten Bürgermeisters, den wir nominiert haben, nur mit Einschränkungen. Wie politisch geschickt und eindeutig in der Sache Jungs Versprechungen an verschiedene Parteien und Stadtratsfraktionen im Nominierungsverfahren waren, das ist bekannt und soll hier nicht noch einmal aufgewärmt werden. Bedenklicher ist, welchen emotionalen Schwenk der OBM vollführte, um Michael Faber, der kompetent in der Sache, aber weniger im Schlaglicht der Öffentlichkeit arbeitet, Verfehlungen zu unterstellen, die bis heute nicht exakt benannt wurden. Im Oktober 2010 war ein Kurzurlaub von Michael Faber zu viel, um mit der Pressekonferenz zum Gutachten

über das uminterpretierte Sächsische Kulturraumgesetz zu warten. Offenbar mussten zwei Tage gewonnen werden, um dringend eine Klage der Stadt Leipzig ankündigen zu können, die gegen die missratene Anwendung des Kulturraumgesetzes durch die Staatsregierung gerichtet sein sollte. Nur sind seither mehr als sieben Monate verstrichen und erst jetzt - in der bevorstehenden Stadtratssitzung am nächsten Mittwoch - ist der Antrag zur vollmundig angedrohten Klage eingereicht. Respekt in Dresden lässt sich auf diese Weise wohl nicht ernten.

Es lief in der Sache Kulturraumgesetz so, wie dem Kulturdezernenten Michael Faber die "großen Häuser" der Hochkultur in unserer Stadt entwunden und dem Bereich des Oberbürgermeisters in der Stadtverwaltung zugeschlagen wurden: Fehlende Begründung in der Sache, verwehrt Anhörng des öffentlich Gescholtenen, blitzartige Strukturentscheidung. Das ist schlechter Politikstil mit wachsendem Glaubwürdigkeitsdefizit. Warum legt der OBM so unterschiedliche Maßstäbe an einzelne Dezernenten an? Den einen - Michael Faber - zieht er des Vertrauensbruchs, ohne dafür Belege anzuführen. Einem anderen, wie zum Beispiel Uwe Albrecht (CDU), lässt er empörende Defizite durchgehen. Oder kennt jemand die für die weitere wirtschaftliche Entwicklung so wichtige Novellierung der Clusterstruktur, die laut Stadtratsbeschluss vor dem Sommer 2010 präsentiert werden sollte, und die wir bestimmt auch vor dem Sommer 2011 noch nicht sehen werden.

Einen Bären dienst erwies OBM Jung der demokratischen Kultur in unserer Stadt und insbesondere dem Politikstil im Stadtrat mit dem von ihm angestregten Abwahlverfahren von Michael Faber. Dass er seine machtpolitischen Ambitionen im Januar 2011 nicht durchsetzen konnte, ist das Beste, was über diesen Vorgang gesagt werden kann, der völlig unnötig über Monate hinweg Kräfte gebunden und ohne Begründung in der Sache politische Gräben aufgerissen und vertieft hat.

Längst hat der Oberbürgermeister seinen Bereich in der Verwaltung gewaltig aufgebläht und zu einem eigenen Machtzentrum innerhalb der Verwaltung ausgebaut. Das ist kein Leipziger Modell mehr, kein dreibeiniger Tisch, sondern ein eigener Burghof in der Bürgerburg und so mit Sicherheit in der Sächsischen Gemeindeordnung nicht vorgesehen.

Bei einem Megathema der zurückliegenden Monate kann dem OBM allerdings kein direkter Vorwurf gemacht werden - dem kriminellen Handeln der früheren Geschäftsführer der Kommunalen Wasserwerke. Die Stadt Leipzig hat zu Beginn des Jahres 2011 in den Abgrund geblickt. Es droht ein Verlust von 300 Mio. Euro, der die weitere Entwicklung unserer Stadt auf Jahre hinaus blockieren und den bereits eingetretenen Rückstand unkalkulierbar vergrößern würde. Die Aufarbeitung des Geschehens dauert an; der Ausgang ist ungewiss und wird vor Gericht entschieden. In dieser durch das kriminelle Handeln zweier hemmungslos habgieriger Personen heraufbeschworenen, potenziell hoch gefährlichen Krise unserer Stadt, hat der OBM fraktionsübergreifend um Unterstützung gebeten, und er hat sie bekommen. Warum er die in einer - zugegebenermaßen - Notsituation zustande gekommene Einigung nicht als Chance für einen entkrampften Politikstil genutzt hat, ist das große Rätsel des Burkhard Jung.

Faktisch war es die sächsische CDU, vertreten durch den Aufklärer des politischen Minenfelds, Landespolizeipräsident Merbitz, die OBM Jung vor einigen Wochen den Fehdehandschuh hingeworfen hat und dafür die Drogenpolitik der Stadt auserkor. Das Anliegen ist ausgesprochen ernst, wurde im Kern aber nur instrumentalisiert. Es verwundert

in höchstem Maße, mit welcher Penetranz oberste Verantwortungsträger der sächsischen und der Leipziger Polizei einen linearen Zusammenhang zwischen Drogenkonsum, Beschaffungskriminalität und den hochschnellenden Wohnungseinbrüchen in unserer Stadt herstellen, während ein anderer, erheblich schwerwiegenderer Zusammenhang hartnäckig geleugnet wird - die Abwärtsspirale aus geringer Wirtschaftskraft, rasanter Einkommenspolarisierung, sozialen Notlagen und Kriminalität. Ich bin sehr froh und den Einreichern dankbar, dass sie mit dem vorliegenden Initiativantrag unter der Überschrift“ Teufelskreis aus Armutshauptstadt und Kriminalitätshochburg durchbrechen“ auf genau diese Problemsituation aufmerksam gemacht haben. Dabei konnten die Antragsteller nicht erahnen, dass die Polizei - und damit im Hintergrund die CDU - durch eine riesige Drogenrazzia am Mittwoch den Druck auf das Leipziger Rathaus nochmals verschärfen würde. Außer der Befreiung von 20 Hühnern aus einem Auto, der Aufdeckung eines illegalen Friseursalons und der Festnahme eines Kleindealers kam aber faktisch nichts raus. Die Aktion mit 700 Beamten, vielen Hunden und diversen Pferden (ja auch Pferde) diente nach dem Urteil des innenpolitischen Sprechers unserer Landtagsfraktion Rico Gebhardt „in erster Linie dem Kalten Krieg von CDU und Landespolizeipräsidenten gegen die Leipziger Drogenpolitik mit dem Ziel der Vorbereitung des OB-Wahlkampfes“.

Schnelle Polizeilösungen gibt es angesichts der komplizierten ökonomischen und politischen Gemengelage für die Drogen- und Suchtproblematik schlichtweg nicht. Umso energischer muss die Stärkung der Wirtschaftskraft angepackt werden, damit die Lösung einiger drängender Probleme des Zusammenhalts der Stadtgesellschaft überzeugender gelingt. Gerade in diesem Bereich hat allerdings auch die Leipziger LINKE deutlichen Nachholbedarf. Insofern ist es sehr zu begrüßen, das wir heute auch einen Antrag auf der Tagesordnung haben, in dem es um die Erarbeitung eines Positionspapiers zu linker Mittelstandspolitik geht.

Liebe Genossinnen und Genossen,
man muss kein Prophet sein, um zu erkennen: Das Rennen, um den OBM-Posten in Leipzig ist - wie schon erwähnt - bereits eröffnet. Dieses Rennen ist offen - allein schon deshalb, weil sich der OBM für weithin unangreifbar hält und weil die CDU fieberhaft einen starken Gegenkandidaten sucht. DIE LINKE will in dieser Auseinandersetzung nicht nur Zuschauer sein, sondern sie muss eigene Positionen besetzen und ihre Inhalte weit über den Kreis der Mitglieder und Sympathisanten hinaus in die Bürgerschaft tragen. Die Ausrichtung der Leipziger LINKEN für 2013 kann nur lauten: Wir brauchen in Leipzig eine andere Politik, und wir brauchen dafür - nach den Erfahrungen der letzten Jahre - einen anderen Oberbürgermeister.

Gefordert ist, dass das Stadtoberhaupt von Leipzig

- eine starke integrierende Kraft ist, die Perspektiven für die Kommune entwirft
- ein sicheres Gespür und die erforderliche Urteilskraft für die Lebenslagen und Lebenserfahrungen der Menschen hat
- das demokratische Parteienspektrum in das Verwaltungshandeln aktiv einbindet
- den Handlungsspielraum, den die teilweise enge europäische und Bundes-Gesetzgebung den Kommunen noch lässt, maximal ausschreitet
- der Verwaltung zur Verfügung stehende Mittel für die Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft einsetzt
- sorgsam, aber fordernd mit dem kommunalen Unternehmensbestand umgeht
- energisch für die Verbesserung der sozialen Situation der einkommenschwächsten Bevölkerungsteile eintritt

- die kulturelle und wissenschaftliche Geltung unserer Stadt fördert und ausbaut
- die fachlichen Kontakte zum Leipziger Umland pflegt
- die Position der Stadt Leipzig mit Nachdruck gegenüber der Staatsregierung vertritt und es nicht nur bei Ankündigungen belässt
- der Stadt Leipzig eine starke und geachtete Stimme im Kreis der deutschen Großstädte verschafft.

Dafür wird und muss DIE LINKE eine starke, überzeugende Persönlichkeit aufbieten, die für breite Gruppen der Stadtgesellschaft wählbar ist. Diese Persönlichkeit muss sich auf den einzelnen Ebenen des staatlichen Gefüges gut auskennen, Fachwissen und Integrationskraft mitbringen, Lösungskompetenz beweisen und begeistern können. Es steht fest, dass DIE LINKE geschlossen hinter dieser Persönlichkeit stehen wird und damit ihre Position als mitgliederstärkste Partei in unserer Stadt wahrnimmt und gebührend zur Geltung bringen wird. Lasst uns diese Aufgabe mit höchstem Verantwortungsbewusstsein angehen, der Stadtvorstand hat am Dienstag in seiner Sitzung einen entsprechenden Beschluss gefasst und wird in seiner Sitzung am 11. Oktober die bis zu diesem Zeitpunkt geführten Gespräche auswerten und über die weiteren Schritte entscheiden. Nach unserem ins Auge gefassten Zeitplan werden wir unseren OBM-Kandidaten bzw. unsere Kandidatin am 9. März 2012 nominieren. Die OBM-Wahl ist natürlich eine Wahl auf der kommunalen Ebene, jedoch mit nicht zu unterschätzender überregionaler Ausstrahlung. Die Wahl des Leipziger OBM am Beginn des Jahres 2013 läutet ähnlich wie die OBM-Wahl Anfang 1998 nämlich einen ganzen Zyklus von Wahlen vom Bundestag im Herbst 2013 bis zu den Europa-, Kommunal- und Landtagswahlen im Jahr 2014 ein. Ohne unsere Rolle zu überschätzen und die Analogien zum Jahre 1998 zu überziehen, müssen wir uns darauf einstellen, dass auf Leipzig Anfang 2013 als Reifeprobe linker Politik auch jenseits der sächsischen Landesgrenzen geschaut wird.

Wenn wir bei den OBM-Wahlen, aber auch bei allen anderen Wahlen 2013/2014 in Leipzig erfolgreich abschneiden wollen, müssen wir im Stadtverband in den nächsten zwei Jahren ein ganzes Bündel von Hausaufgaben lösen. Dazu zählt einerseits die weitere inhaltliche Profilierung auf wichtigen Themenfeldern: mit dem vorliegenden Entwurf der integrationspolitischen Leitlinien, die im Anschluss an das Referat gesondert eingebracht und heute hoffentlich nicht nur als Entwurf verabschiedet werden, ist uns auf einem dieser Felder beispielsweise ein wichtiger Durchbruch gelungen. Ich möchte an dieser Stelle namentlich den Genossen Hassan Zeinel Abedine, Mandy Gehrt, Tilman Loos, Juliane Nagel, Jan Weien und Andreas Willnow für ihr entsprechendes Engagement danken. Mit diesem Papier wird indirekt auch unsere Auseinandersetzung mit Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Neonazismus inhaltlich weiter gestärkt. Wie unverändert aktuell dieses Thema in unserer Stadt ist, zeigt der brutale Mord an dem Iraker Kamal K. im Oktober letzten Jahres. Der Prozess gegen die mutmaßlichen Täter aus dem rechtsradikalen Milieu begann gestern vor dem Leipziger Landgericht. Leider hat die Staatsanwaltschaft die Tat völlig entpolitisiert und setzt augenscheinlich auf einen Kuhhandel mit den Angeklagten. Man kann nur hoffen, dass das Gericht einen solchen Plan der Staatsanwaltschaft durchkreuzt und sorgfältig auch die offenkundigen politischen Hintergründe der beiden Angeklagten und damit der Tat durchleuchtet.

Liebe Genossinnen und Genossen,
zu den weiteren inhaltlichen Herausforderungen der nächsten Zeit, die uns viel Arbeit abverlangen, zählt auch der Antrag von Sören Pellmann zur Erarbeitung von Leitlinien zur Ordnungs- und Sicherheitspolitik. Der Antrag geht methodisch in eine ähnliche Richtung wie

die Integrationspolitischen Leitlinien, wenngleich das Thema natürlich eine ganz eigene Spezifik besitzt und im Kontext mit der geplanten Aktualisierung unserer such- und drogenpolitischen Leitlinien aus dem Jahr 2003 betrachtet werden muss.

Mehrere wichtige Anträge auf dem heutigen Stadtparteitag sind nicht der Kommunalpolitik gewidmet, sondern zielen dezidiert auf die Erhöhung der innerparteilichen Schlagkraft bzw. Mobilisierungsfähigkeit. Das ist auch gut so, denn das 10-Punkte-Ationsprogramm ist zwar immer noch aktuell, kann aber durchaus eine kleine Frischzellenkur und Erweiterung mit Blick auf 2013/2014 vertragen. Von enormer Bedeutung ist in diesem Kontext der Antrag von Margitta Hollick und Julius Späte zur langfristigen Gewinnung von 100 Kandidatinnen und Kandidaten für die Stadtratswahl 2014. Bei diesem Projekt geht es nicht nur um eine neue Qualität der Personalpolitik in unserem Stadtverband, sondern auch um die weitere Fortsetzung des innerparteilichen Generationswechsels, der ich strategische Bedeutung beimesse und für die wir alle eine gemeinsame Verantwortung tragen. Unstrittig haben auch Finanzfragen fast immer eine strategische Komponente. Da bilden die vom Stadtvorstand unterbreiteten Vorschläge zur mittel- und langfristigen Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit keine Ausnahme. Ich danke an dieser Stelle besonders Andreas Dunkel und Alexander Fichtner für ihr hohes Engagement bei der Erarbeitung dieses Papiers, das wir hoffentlich heute verabschieden werden. Ein kleines Dankeschön geht auch an Axel Grundmann, der gestern Geburtstag hatte und mit seinem engagierten Diskussionsbeitrag auf dem letzten Stadtparteitag das Thema bekanntlich auf die Agenda setzte.

Liebe Genossinnen und Genossen, mit dieser Danksagung an unsere beiden Finanzbeamten und unseren Elektriker vom Dienst möchte ich nun zum Schluss meines Referates kommen. Das unvermittelte Ende wirkt jetzt vielleicht etwas überstürzt auf Euch, aber ich habe mir eine neue Lieblingsmaxime auserkoren, die ich jetzt erstmals zur Anwendung bringen will: „Ein schlechter Vorsitzender macht immer die gleichen Fehler, ein guter immer neue.“ Ich danke ganz herzlich für Eure Nachsicht und Geduld sowie Eure ungeteilte Aufmerksamkeit.